

Lebensräume zum Älterwerden – Für ein neues Miteinander im Quartier



Memorandum des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG)

**NETZ
WERK** soziales
neu
gestalten

Inhalt

1.	Darum geht es!	4
2.	Die Leuchtturmmodelle der SONG-Partner zeigen: Eine Vision ist machbar	5
3.	Klare Fakten: Mehrwert der Leuchtturmmodelle	7
4.	Empfehlungen	9
	I. Renaissance des Subsidiaritätsprinzips	9
	II. Fördern neuer Solidaritätsstrukturen	10
	III. Stärken lokaler Gestaltungsmacht	11
	IV. Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik	13
	Wer mehr wissen möchte (SONG-Publikationen)	15
	Projektziele und Projektmodule im Netzwerk SONG	17
	Impressum	19

1. Darum geht es!

Im Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG) haben sich vier Partner aus dem Bereich der Wohlfahrts-
pflege – Bremer Heimstiftung, CBT – Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH (Köln),
Evangelisches Johanneswerk e.V. (Bielefeld) und die Stiftung Liebenau (Meckenbeuren-Liebenau) – zu-
sammen mit der Bank für Sozialwirtschaft AG (Köln) und der Bertelsmann Stiftung (Gütersloh) inten-
siv mit der Frage auseinandergesetzt, wie unser Gemeinwesen die mit dem demographischen Wandel
einhergehende gesellschaftliche Alterung künftig besser bewältigen kann.

Die Herausforderungen sind gestaltbar und es gibt konkrete Perspektiven für die zukünftige Entwicklung
der Lebensräume älterer Menschen und der erforderlichen Wohn- und Dienstleistungsstruktur. Die her-
kömmlichen Versorgungskonzepte im Sinne eines Lebens in Abhängigkeit von Angehörigen oder in Form
eines Aufenthaltes in spezialisierten Alten- und Pflegeeinrichtungen sind allein nicht mehr ausreichend:
Eine pluralisierte Gesellschaft, muss mit differenzierten Settings, den sich verändernden Lebensstilen
älterer Menschen gerecht werden. Das Netzwerk lehnt die herkömmliche Versorgungslogik ab – die Zu-
kunft liegt in unterstützenden Assistenzsystemen. Dies bietet die Chance, sowohl der Verletzlichkeit,
die mit dem Alter verbunden sein kann, gerecht zu werden, sowie der Selbst- und Mitverantwortung des
Einzelnen Raum zu geben.

Hierzu haben die Netzwerkpartner durch die Entwicklung und Erprobung wegweisender Modelle und
durch die Analyse der Rahmenbedingungen sowie des sozialen und wirtschaftlichen Mehrwerts neuer
Ansätze fundierte Vorstellungen entwickelt.

Auf dieser Erfahrungsgrundlage formuliert das Memorandum die Faktoren, die für eine bedürfnisge-
rechnete Gestaltung der Lebensräume und der Dienstleistungen für ältere Menschen im Gemeinwesen
notwendig sind.

Die im Netzwerk engagierten Partner fordern ein Umdenken aller Beteiligten: des Bundes, der Länder,
der Gemeinden, der Sozialversicherungsträger, der Dienstleistungsanbieter, der Investoren, der Finanzi-
ers und der Bürger. Veränderungen sind notwendig auf der Handlungsebene des sozialen Miteinanders,
der Sozialen Arbeit, der Betreuung und Pflege, auf der Strukturebene von Diensten und Einrichtungen
sowie in der baulichen Infrastruktur wie auch auf der Steuerungsebene der Politik, der Rechtsetzung
und der Finanzierung.

Dieses Memorandum richtet sich an die Verantwortlichen in der Politik, in der Wohlfahrtspflege, in der
gewerblichen Wirtschaft, in den Kirchen, in den relevanten Initiativen des Gemeinwesens sowie nicht
zuletzt an interessierte Bürgerinnen und Bürger.

2. Die Leuchtturmmodelle der SONG-Partner zeigen: Eine Vision ist machbar



Die Zukunft hat schon begonnen: Gegen den Mainstream der heutigen Steuerungs- und Finanzierungslogik gibt es bereits eine Reihe bundesweiter Beispiele für tragfähige, gemeinwesenorientierte Wohn- und Lebensformen, die für die Neuausrichtung sozialer Architekturen als beispielgebend gelten können.

Die vier Leuchtturmmodelle der SONG-Partner basieren darauf, die Herausforderungen, die aus Hilfs- und Pflegebedürftigkeit erwachsen, innerhalb von Quartieren und alltagsnahen Wohnmodellen zu bewältigen. Die Modelle bieten den Bewohnern normale, barrierefreie Wohnungen unterschiedlicher Größe in Wohnanlagen, die in den jeweiligen Stadtteil integriert sind und zahlreiche Begegnungsmöglichkeiten aufweisen. Aktivität und Miteinander der Bewohner werden über die Generationen hinweg gefördert und bei Hilfebedarf individuelle Unterstützungsnetzwerke aus Angehörigen, Freunden, Nachbarn, bürgerschaftlich Engagierten und professionellen Dienstleistern geknüpft.

Gemeinsame Zielvorgaben dieser Modelle sind:

- Stärkung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative;
- Förderung von sozialen Netzen und neuen Formen des Hilfemixes;
- Entwicklung neuer lokaler Kooperationsformen und Interessensgemeinschaften durch Gemeinwesenarbeit;
- Gestaltung neuer Pflegearrangements im Quartier;
- Mobilisierung erhöhter nachbarschaftlicher Hilfe.

Alle Leuchtturmmodelle sind darauf ausgerichtet, dass die Quartiersbewohner mit anderen – für sich selbst – etwas tun, um damit eine verlässliche Beheimatung und gegenseitige Sorge im Wohnquartier zu ermöglichen. Die qualifizierte Unterstützung, fachliche Begleitung und lokale Vernetzung der Akteure sind unerlässliche Voraussetzungen für solche tragfähigen Beziehungs- und Hilfearrangements.

Zur Finanzierung des notwendigen Sozialmanagements haben die Netzwerkpartner unterschiedliche Finanzierungsmodelle entwickelt, die sich entweder aus Beiträgen der Bewohner, der Kommunen, der Wohnungswirtschaft und der Bürgerschaft speisen oder Quersubventionierungen der Träger selbst darstellen. Die trotz des vielfältigen Gemeinwohlnutzens fehlende öffentliche Regel-Finanzierung erweist sich dabei als das wesentliche Hindernis für eine weitere Verbreitung dieser Modelle.

Für Investitionsspekulationen und den zügellosen Ausbau isolierter und absondernder Pflegeeinrichtungen lässt diese ganz auf Selbstbestimmung und Teilhabe abzielende Vision keinen Raum mehr.

Im Sinne auch der ökonomischen Effizienz haben sich die Netzwerkpartner darauf ausgerichtet, Kooperation und gemeinsame Ressourcennutzung nicht mehr der zufälligen Zusammenarbeit einzelner Organisationen zu überlassen, sondern sie zum systematischen und verbindlichen Gestaltungsprinzip zu erheben.

Gleichzeitig verlangt eine solche Neuausrichtung dem Individuum die Bereitschaft zur verlässlichen Übernahme von Verantwortung für andere ab.

3. Klare Fakten: Mehrwert der Leuchtturmmodelle



Die Leuchtturmmodelle der Netzwerkpartner wurden durch renommierte Forschungsinstitute tiefgehend empirisch analysiert. Eine im Netzwerkprojekt SONG durchgeführte Potenzialanalyse bestätigt: Neue, zukunftsweisende Wohn- und Assistenzangebote, die die vorherrschende Versorgungslogik revidieren, sind möglich. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass präventive Leistungen belohnt, Eigeninitiative und gegenseitige Hilfe gestärkt, neue Hilfe-Mix-Modelle realisiert und bürgerschaftliches Engagement integriert werden. Ein solches soziales Netz ermöglicht im Verbund mit bedarfsorientierten professionellen Pflegeleistungen ein lebenslanges Wohnen im Quartier. Ein qualifiziertes Sozial- und Quartiersmanagement sowie neue Kooperationsformen im Quartier sind dabei als notwendige infrastrukturelle Voraussetzungen maßgebliche Erfolgsfaktoren.

Die Welfare-Mix-Analyse zeigt, dass in Quartiersprojekten Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen durch das Zusammenwirken von Staat, Markt und informellen sozialen Netzen erhalten und ausgebaut werden können. In Fallstudien wurde untersucht, wie durch die Vermittlung vielfältiger Interessenlagen soziale Beziehungsnetze geknüpft und kleinräumige Unterstützungspotenziale erhalten und entwickelt werden können. Dabei ist eine wichtige Bedingung für die solidarische Unterstützung von Hilfebedürftigen unübersehbar: auch die Unterstützenden müssen von den Wohnmodellen profitieren können. Insgesamt zeichnet sich eine neue Kultur des Zusammenlebens ab, in der die Beteiligten jenseits der eigenen Handlungslogiken füreinander mitdenken. Das institutionelle Rückgrat des Miteinanders bildet die in den Wohnmodellen fest verankerte Gemeinwesenarbeit. Die Analyse der Leuchtturmmodelle zeigt, dass sich stabile Netzwerke entwickelt haben.

Die im Projekt SONG erstmals nach dem SROI-Ansatz (Social-Return-on-Investment) durchgeführte sozio-ökonomische Mehrwertanalyse weist unter anderem nach, dass (moderierte) gemeinschaftliche Aktivitäten von Bewohnern professionelle Unterstützungsleistungen zum Teil substituieren und dass die projektierten Modelleinrichtungen die Lebens- und Wohnqualität im Quartier verbessern können. Die SROI-Analyse belegt außerdem, dass der Hilfebedarf der Bewohner sinkt und sich damit auch die Unterstützungskosten vermindern.

Die vorliegenden Befunde weisen nach, dass die Gesellschaft auf sehr vielfältige Weise von gemeinschaftlichen Wohnmodellen profitieren kann. Um solche Wohnmodelle realisieren zu können, müssen allerdings die für den gesellschaftlichen Mehrwert konstitutiven Investitionen getätigt werden.

Im Vergleich zu herkömmlichen Wohn- und Betreuungsformen ergeben sich die folgenden zentralen Analyse-Befunde:

- Ausgeprägtes soziales Zusammenleben und verbesserte Kommunikation, im und um das Modell;
- Bessere Gesundheitsentwicklung und geringerer Hilfebedarf bei den Bewohnern der Modellprojekte;
- Intensivierter Austausch mit Nachbarn sowie Indizien für ein erhöhtes Engagement aller Quartiersbewohner;
- Mehr Angebote und stärkere Inanspruchnahme von Nachbarschaftshilfe;
- Messbare Einspareffekte für Bürger und insbesondere für die öffentlichen Kostenträger;
- Positive Integrationseffekte für weitere Personengruppen (etwa Familien, Alleinerziehende oder sozial Benachteiligte).

4. Empfehlungen

I. Renaissance des Subsidiaritätsprinzips

Das Subsidiaritätsprinzip erlebt derzeit eine Renaissance, denn das Leitbild eines vorrangig versorgenden Sozialstaates ist nicht mehr zeitgemäß. Gleichzeitig gilt, dass allein die familiäre Solidaritätsbereitschaft nicht mehr trägt: weder empirisch noch normativ. Betrachtet man das im Sinne eines Vorranges selbstbestimmter Lebensgestaltung verstandene Subsidiaritätsprinzip weiterhin als zentralen Baustein unserer Gesellschaftsordnung, wird man es für den modernen europäischen Sozialstaat neu definieren müssen.

Dabei geht es keineswegs um die Rücknahme zentraler sozialstaatlicher Garantiefunktionen, wohl aber um eine Neujustierung der

- Zuständigkeiten und der Infrastrukturverantwortung in Pflege und Betreuung;
- Zugangsregelungen zu Sozialleistungen sowie ihrer Realisierung vor Ort;
- Prinzipien der Verteilungs- und individuellen Bedarfsgerechtigkeit.

Subsidiarität sollte als zentrales Paradigma der Sozialpolitik neue Wirksamkeit entfalten, auch wenn dieses die Interessen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen tangiert. Im Kern geht es um das Zusammenspiel von Markt, Sozialstaat, Wohlfahrtsgesellschaft und Familie. Zu den tragenden Bausteinen einer auf dem Subsidiaritätsprinzip basierenden Sozialpolitik gehört dabei eine Stärkung der Kommunen - und das nicht nur proklamatorisch, sondern auch faktisch in ihrer Finanzkraft.

Mit dem Subsidiaritätsprinzip ist stets die Verantwortung des Staates verbunden, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dem Einzelnen, Familien oder anderen sozialen Mikroeinheiten die Existenzsicherung und ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Subsidiarität ist freilich nicht gleichbedeutend mit neo-liberalen Rücknahmetendenzen des Staates oder gar einer sozialpolitischen „laissez-fair“-Gleichgültigkeit. Ganz im Gegenteil ist hier ein unterstützender und ersatzweise eintretender Staat gemeint, der sehr wohl um die grundsätzlichen Grenzen seiner eigenen Leistungsfähigkeit weiß.



II. Fördern neuer Solidaritätsstrukturen

Die Übernahme von Sorge- und Pflegeaufgaben findet in Deutschland bis heute überwiegend innerhalb der Familien und Partnerschaften statt. Die Pflegeversicherung ist bislang nur deshalb finanziell relativ stabil, da in der „modernen“ deutschen Gesellschaft nach wie vor eine unerwartet hohe solidarische Pflegebereitschaft zu finden ist. Perspektivisch ist jedoch bereits mittelfristig von einer deutlichen Abnahme des informellen Pflegepotenzials auszugehen. Wenn man weiterhin auf gesellschaftliche Solidarität setzen will, verlangt dies nach einer anderen Akzentuierung der sozialrechtlichen „Förderung“ und Transfergestaltung. Sofern nicht sozialpolitisch gegengesteuert wird, ist in den nächsten Jahrzehnten von einer dramatisch höheren Nachfrage nach stationären Versorgungsformen auszugehen.

Dennoch gibt es keinen Grund für Kulturpessimismus. Die Bereitschaft zur Solidarität ist vorhanden, doch sie verändert sich. Die Einsicht in die Sinnhaftigkeit von bürgerschaftlichem Engagement wächst.

Die Bereitschaft zur Solidarität ist in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen. Doch die Förderung der Bereitschaft zu Solidarität und Engagement in der Bevölkerung bedarf ebenso wie die Wirtschaftsförderung einer infrastrukturellen Verankerung. Den Kommunen kommt bei der Etablierung engagementfördernder Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle zu. Eine „kommunale Engagementlandschaft“ ist durch eine flächendeckende Struktur lokaler Anlaufstellen geprägt, die zielgerichtet freiwilliges Engagement im Quartier fördert und unterstützt. Regionale Kompetenzstrukturen und Förderinstrumente auf Landesebene können einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten. Die Investition in entsprechende Infra- und Kompetenzstrukturen ist durchaus lohnend, auch aus fiskalischen Gründen.

Um möglichst vielen Menschen eigenes Engagement zu ermöglichen, das die soziale Integration fördert, zu lebenslangem Lernen befähigt und soziale Sicherheit stiftet, bedarf es einer rechtlichen Flankierung des bürgerschaftlichen Engagements. Auch die Regelungen zur Beschäftigungsförderung und Grundversicherung sind engagementverträglich auszugestalten und anzuwenden. Ebenso dürfen protektionistische berufsrechtliche Vorgaben sowie deren Entsprechungen im Sozialleistungsrecht Menschen nicht daran hindern, Sorgeaufgaben für hilfebedürftige Menschen zu übernehmen.

III. Stärken lokaler Gestaltungsmacht

Der demographische und soziale Wandel verlangen nach einer grundlegend geänderten sozialpolitischen und sozialrechtlichen Steuerung im Sozial- und Gesundheitswesen. Dabei sind unterschiedliche Politik- und Rechtsbereiche tangiert, die in ihren Steuerungslogiken stärker miteinander zu harmonisieren sind.

Zu den tragenden Bausteinen einer auf dem Subsidiaritätsprinzip basierenden Sozialpolitik gehört eine Stärkung der Kommunen. Die Entwicklung einer zukunftsfähigen und am jeweiligen Bedarf orientierten Wohn-Infrastruktur und Pflege- bzw. Assistenzlandschaft stellt eine zentrale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge dar und muss daher auf lokaler Ebene gestaltbar sein. Derzeit dominieren im Pflege-sektor jedoch zentral steuernde nationale Institutionen, die die lokale Steuerungsfähigkeit und -bereitschaft marginalisieren.

Daher ist eine grundlegende Neuverteilung der Aufgaben und Kompetenzen anzustreben. Wesentliche Elemente der Leistungsgewährung in Pflege und Assistenz sollten auf die lokale Ebene verlagert werden. Bei gleichzeitiger Weiterentwicklung bundeseinheitlicher Assessment-Instrumente, Leistungsgrundsätze und Qualitätsmaßstäbe könnte die Umsetzung nach örtlichen und individuellen Gegebenheiten in kommunaler Verantwortung erfolgen. Dieses würde die Chance für eine integrierte, sektorenübergreifende Infrastruktur- und Angebotspolitik auf Gemeinde- und Quartiersebene eröffnen. Die Entwicklung von Infrastruktur, Wohnangeboten und sozialen Leistungen könnte so aufeinander abgestimmt und unter Einbeziehung der jeweils vor Ort vorhandenen Akteure und Ressourcen gestaltet werden.

Die aktuelle monetäre und rechtliche Steuerung weist insbesondere den Sozialversicherungsträgern eine herausragende Rolle zu. Die Finanzierungsstrukturen lassen auf dem Seniorenwohn- und Pflegeimmobiliensektor jedoch auch kommerzielle Investoren aktiv werden, die sich den Spielregeln quartiersbezogener Kommunal- und Infrastrukturentwicklung weitestgehend entziehen. Damit werden Ansätze zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur vor Ort faktisch konterkariert. SONG stellt sich mit seinem Ansatz, seinem Anliegen und seinem konzeptionellen Zugang gegen den Mainstream aktueller sozialpolitischer Steuerung.

Eine sozialpolitische und sozialrechtliche Neuorientierung kann nicht allein durch Änderungen im Sozialgesetzbuch erreicht werden – so schwierig allein dieses für sich genommen schon wäre. Die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme folgen ihrer jeweils eigenen Funktionsmechanik. Notwendig ist daher eine Reform, die zu einem wirkungsorientierten rechtlichen Gesamtsteuerungskonzept gelangt: Dabei gilt es vor allem, die Funktionslogiken der für die Umsetzung von Quartiersprojekten relevanten politischen und rechtlichen Bereiche aufeinander abzustimmen. Insofern stellt die Position von SONG ein Plädoyer für einen kooperativen Föderalismus dar.

Die Kommunen sollten zwar eine Koordinierungs-, aber keine dirigistische Steuerungsfunktion haben. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollte es einem pluralen Spektrum freier Träger überlassen bleiben, die nötigen Dienstleistungen im Verbund mit anderen, aber auch im produktiven Wettbewerb untereinander zu erbringen.

IV. Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik

Die Familien, der Staat, der Markt und der dritte Sektor sind damit überfordert, jeweils für sich selbst die öffentliche Wohlfahrt zu gewährleisten. In Zukunft kommt es daher entscheidend darauf an, die verschiedenen Sektoren in einem Welfare-Mix miteinander zu verknüpfen. Wie die SONG-Leuchtturmmodelle zeigen, ist für die Bildung und Stabilisierung individueller Hilfearrangements in neuen sozialen Netzwerken ein professionelles Sozialmanagement unabdingbar.

Obwohl diese Netzwerkarbeit einen vielfältigen ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzen erzeugt, gibt es bisher keine geregelte öffentliche Finanzierung eines solchen Sozialmanagements. Da die öffentlichen Kostenträger vom Gelingen solcher sozialen Netzwerke profitieren, sollten sie auch an den zusätzlichen Kosten des Sozialmanagements beteiligt werden. Die im Sozialleistungs- und im Sozialversicherungssystem zur Verfügung stehenden Mittel dürfen künftig also nicht mehr ausschließlich in die Einzelfallhilfe gehen, sondern müssen zumindest teilweise für diese notwendige Infrastruktur verwendet werden. Verbunden mit weiteren Leistungen z. B. der Kommunen, der Wohnungswirtschaft und seitens der Bürgerschaft kann so eine flächendeckende Verbreitung entsprechender Modelle und Strukturen initiiert und finanziert werden.

Medizinische und fachpflegerische Leistungen, die eine professionelle Leistungserbringung erfordern, werden auch künftig über die Instrumente des klassischen Leistungserbringungsrechts zu steuern sein. Dabei müssen im Pflegesektor die Kranken- und Pflegeversicherung eng koordiniert oder sogar zusammengeführt werden.

Wenn Selbstbestimmung und Teilhabe auch bei Hilfsbedürftigkeit als oberste Prinzipien gelten sollen, bedarf es eines größeren Gestaltungsspielraums in der Inanspruchnahme und Ausgestaltung von Sozial- und Sozialversicherungsleistungen. Assistenzleistungen, die die individuelle Lebensführung und -gestaltung unterstützen, dürfen nicht mehr – wie nach dem bisher vorherrschenden Sachleistungsprinzip – bis ins Detail vorgegeben sein. Sie müssen vielmehr für individuelle Aushandlungsmöglichkeiten geöffnet werden, sei es durch Vereinbarung individueller Leistungspakete oder durch persönliche Budgets. Ein verantwortungsvoller Umgang der Bürger mit den so zur Verfügung gestellten öffentlichen Mitteln könnte über eine finanzielle Selbstbeteiligung sichergestellt werden.

Auf diese Weise ließen sich die starren Grenzen der Leistungsbereiche beseitigen. Dies gilt sowohl zwischen den einzelnen Pflegeversicherungsleistungen – beispielsweise zwischen ambulanten und stationären Leistungen, wie auch zwischen Pflegeversicherungs- und Sozialleistungen, sowie mit Blick auf informelle Hilfen. Bei einer lokalen Zuständigkeit könnten mit Hilfe geeigneter Assessment-Instrumente die Hilfebedarfe leistungsträgerübergreifend erhoben und jeweils individuell passende Hilfearrangements getroffen werden.

Die Unterzeichner:



Dr. Berthold Becher
Bank für Sozialwirtschaft AG



Alexander Künzel
Bremer Heimstiftung



Dr. Johannes Meier
Bertelsmann Stiftung



Franz Josef Stoffer
CBT – Caritas-Betriebsführungs-
und Trägergesellschaft Köln



Dr. Bodo de Vries
Evangelisches Johanneswerk e.V.



Dr. Markus Nachbaur
Stiftung Liebenau

Wer mehr wissen möchte

(SONG-Publikationsverzeichnis)

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Policy Paper – Demographischer und sozialer Wandel: Zentrale Leitlinien für eine gemeinwesenorientierte Altenhilfepolitik und deren Bedeutung für soziale Organisationen. Gütersloh 2006.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Positionspapier des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG) zum demographischen Wandel. Gütersloh 2008.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Lebensräume zum Älterwerden – Für ein neues Miteinander im Quartier. Memorandum des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG). Gütersloh 2009.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Expertise von Professor Dr. Thomas Klie zur sozialpolitischen Neuorientierung und Neuakzentuierung rechtlicher Steuerung. Gütersloh 2009.

Publikationen im Verlag der Bertelsmann Stiftung

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 1: Eine Potenzialanalyse ausgewählter Wohnprojekte. Gütersloh 2008.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 2: Eine neue Architektur des Sozialen – Sechs Fallstudien zum Welfare Mix. Gütersloh 2009.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 3: Soziale Wirkung und „Social Return“. Eine soziökonomische Mehrwertsanalyse gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Gütersloh 2009.

Themenheftreihe

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 1: Hilfe-Mix – Ältere Menschen in Balance zwischen Selbsthilfe und (professioneller) Unterstützung. Gütersloh 2009.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 2: Gemeinsam mehr erreichen – Lokale Vernetzung und Kooperation. Gütersloh 2008.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 3: Den neuen Herausforderungen begegnen - Mitarbeiter weiter qualifizieren.
Gütersloh 2008.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 4: Neue Wohnformen im Alter – Finanzierungsmöglichkeiten innovativ gestalten.
Gütersloh 2009.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.). Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.
Themenheft 5: Innovationen ermöglichen – Wirkungsorientiert steuern. Gütersloh 2008.

Projektziele und Projektmodule im Netzwerk SONG

Während sich viele gemeinwesenorientierte Konzepte immer noch am Anfang der Entwicklung befinden, haben die vier großen Trägerorganisationen unter den Netzwerkpartnern in den letzten Jahren bereits zukunftsweisende Wohnprojekte realisiert. Sie verfügen damit über ein breites Erfahrungswissen. Dieses wird im Netzwerk SONG im kritischen, reflektierten Dialog und durch wissenschaftliche Analysen auf den Prüfstand gestellt.

Gemeinsames Ziel der Netzwerkpartner ist es, breitenwirksame, zielgruppenspezifische Rahmenbedingungen für quartiersbezogene Leistungs- und Wohnangebote zu definieren, zu entwickeln und daraus sozialpolitische Anforderungen zu benennen. Als Projektgrundlage dient die Evaluation der bestehenden vier Modelle zwischen 2006 und 2009, weitere in Planung befindliche Projekte sowie die generellen Erfahrungen der Netzwerkpartner im Altenhilfesystem.

Organisation	Projekt
Bremer Heimstiftung	„Haus im Viertel“
Evangelisches Johanneswerk e.V.	„Projekt Heinrichstraße“
CBT – Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH	„Mehrgenerationenwohnhaus Wipperfürth“
Stiftung Liebenau	„Lebensräume für Jung und Alt“

Weitere Partner des Netzwerkes SONG sind die Bertelsmann Stiftung und die Bank für Sozialwirtschaft AG. Die Bertelsmann Stiftung unterstützt SONG in der Koordination der Netzwerkarbeit und mit ihren politikberatenden Erfahrungen. Die Bank für Sozialwirtschaft bringt ihre langjährige Erfahrung mit der Finanzierung von Sozial- und Gesundheitsdiensten ein. Sie ist unmittelbar konfrontiert mit den Grenzen der bisherigen Angebotsgestaltung und Finanzierung, aber auch mit den neuen Anforderungen an Anbieter und Mittelgeber.

Das Projekt umfasst folgende Module:

- Bestandsaufnahme in Form einer Selbstdarstellung der zu untersuchenden gemeinschaftlichen Wohnprojekte
- Potenzialanalyse dieser quartiersbezogenen Wohnprojekte
- Sozioökonomische Mehrwertanalyse gemeinschaftlicher Wohnprojekte nach dem Ansatz „Social Return on Investment“ (SROI)
- Durchführung von fünf Fachgesprächen (Workshops mit rund 60 Fachleuten aus den Partnerorganisationen) zu zentralen Fragen der Gestaltung und Finanzierung sozialer, gemeinwesenorientierter Leistungen und Hilfen
- Erstellung von Handlungsempfehlungen
- Beratung politischer Entscheidungsträger
- Erarbeitung von Fachpublikationen
- Realisierung eines Dokumentarfilms
- Durchführung öffentlicher Transferveranstaltungen

Impressum

© 2009 Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG)

Sprecher des Netzwerks

Alexander Künzel

Projektmanagement

Gerhard Krays, Hans Jörg Rothen

Projektassistenz

Ulrich Dobler

Lektorat

Jörg Franke

Gestaltung

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildnachweis

© Veit Mette, Bielefeld

Kontakt

Netzwerk: Soziales neu gestalten
Bertelsmann Stiftung
Programm Gesunde Lebenswelten gestalten
Gerhard Krayss
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh

Telefon 05241 81-81336
Fax 05241 816-81336
gerhard.krayss@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

www.zukunft-quartier.de

NETZ
WERK soziales
neu
gestalten



Stiftung Liebenau



BertelsmannStiftung